



ÜBERSETZUNG

Per E-Mail

wp-sekretariat@seco.admin.ch

Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Direktion für Wirtschaftspolitik
Holzikofenweg 36
3003 Bern

Bern, 09.09.2022

Bundesgesetz über die Prüfung ausländischer Investitionen

Sehr geehrte Damen und Herren

Unsere ausserparlamentarische Kommission hat sich an ihrer Sitzung vom 30. Juni 2022 mit dem Gesetzesvorentwurf über die Prüfung ausländischer Investitionen befasst. Wir danken Herrn Marc Zahner von Ihrem Amt für die Teilnahme an unserer Sitzung und die Erläuterung der wichtigsten Grundzüge des in die Vernehmlassung gegebenen Entwurfs.

Die Mitglieder des KMU-Forums sind gegen die Einführung einer Kontrolle ausländischer Investitionen in der Schweiz. Wie die Resultate der Regulierungsfolgenabschätzung¹ gezeigt haben, würde ein solcher Mechanismus zu hohen Kosten für die Eigentümerinnen und Eigentümer potenziell betroffener Gesellschaften führen. Ausserdem müssten sie mit einer Wertminderung rechnen. Mittlere Unternehmen wären in diesem Kontext am stärksten benachteiligt. Die Einführung einer Investitionsprüfung wäre im Übrigen mit zahlreichen rechtlichen Unsicherheiten verbunden und die Risiken einer Umgehung des Systems wären relativ hoch.

Unter diesen Umständen werden die Regulierungskosten nicht ausreichend durch einen klaren sicherheitspolitischen Nutzen ausgeglichen. Die vom Parlament im Rahmen der Beratungen zur Motion [18.3021](#) Rieder definierten Bedingungen sind damit nicht erfüllt (Erfordernis einer grossen Rechtssicherheit usw.).

Nach Ansicht der Mitglieder des KMU-Forums sollte auf die Einrichtung eines aufwändigen und kaum effizienten Mechanismus verzichtet werden. Die Einführung einer Investitionsprüfung würde ausserdem die Offenheit des Schweizer Marktes gegenüber der internationalen

¹ Siehe dazu: [RFA zur Einführung einer Investitionsprüfung](#), durchgeführt von BSS Volkswirtschaftliche Beratung unter Mitarbeit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) im Auftrag des SECO, Mai 2022.

Konkurrenz beeinträchtigen und die Attraktivität unseres Landes für Unternehmen und Investoren schwächen. Dies würde sich negativ auf die Entwicklung der Produktivität, der Innovation und des Arbeitsmarktes auswirken, was längerfristig wiederum negative Folgen für die gesamte Wirtschaft haben dürfte.

Wir hoffen, dass unsere Empfehlungen berücksichtigt werden und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Jean-François Rime
Co-Präsident des KMU-Forums
Industrieunternehmer, Vertreter
des Schweizerischen Gewerbeverbands

Kopie an: Kommissionen für Wirtschaft und Abgaben des Parlaments